



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/41 - 18.2.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

EPG und der französische Kolonialbesitz	S. 1
Spielball Österreich	S. 4
Eine alliierte Belehrung	S. 6
Ein gebrochenes Sportabkommen (Zum Fall des verhafteten Fußballspielers Wagner)	S. 7

"Europäische Außenpolitik" - ad hoc

P.D. Man dürfte gespannt sein, wie sich die Befürworter Klein-Europas und einer möglichst raschen Verwirklichung eines Staatenbundes der sechs Schumanplan-Länder - der EPG also, einer Europäischen Politischen Gemeinschaft - die gemeinsame Außenpolitik dieser Gruppe vorstellten. Es war schon immer klar: Eine europäische Exekutive der Sechs würde nicht darum herunkommen, sich auch ein Organ für ihre Zielsetzung zu verschaffen. Der ehemalige französische Außenminister Robert Schuman hatte im September 1951 sein eigenes Außenministerium unsanft überrascht mit der Perspektive eines "Schumanplan Nr.3", der die gemeinsame Außenpolitik der von ihm und Adenauer "integrierten" Nationen betreffen sollte. Er hat erstmalig im kanadischen Rundfunk davon gesprochen, kurz nach der berühmten Washingtoner Außenministerkonferenz, die Westdeutschland die "Wiederbewaffnung" anheimstellte.

Damals, im Herbst 1951, reagierte das offizielle Paris mit beunruhigtem Schweigen. Eine "Europäische Außenpolitik" schien ihm insofern gefährlich, als die sechs Länder Kleineuropas möglicherweise den Anspruch erheben könnten, daß sich ihre Gruppe nicht darauf beschränken werde, über die Beziehungen der Sechs untereinander zu reden, oder ihre gemeinsame Haltung zum Ostblock

zu bestimmen. Vielmehr müßte sie sich sinngemäß auf alle die Sicherheit und die gemeinsamen Interessen der Teilnehmerstaaten betreffenden Probleme erstrecken und damit den Anspruch erheben auf Mitbestimmung in der Frage eines friedlichen und freundschaftlichen Ausgleichs zwischen Frankreich und den der französischen Union einverleibten Völkern französisch Nordafrikas. Eine "Europäische Außenpolitik", die sich um die Sicherung des Hinterlandes des westeuropäischen Verteidigungssystems, in Marokko und Tunis nicht kümmerte, würde ein Unding sein. Folglich trat man in Paris kurz, bezüglich des "Schumanplans Nr. 3".

Das ging solange, bis das offizielle Bonn, bedrängt von der deutschen Opposition gegen die Pariser und Bonner Verträge, die "Flucht nach vorn" antrat. Die Bundesregierung will die Gründung des Kleinen Europäischen Sechserstaats beschleunigen. Sie stand als treibende Kraft hinter der Konstituierung der sogenannten "ad hoc"-Versammlung, die aus dem Montanparlament gebildet wurde, und der - gegen den Widerspruch der deutschen Sozialdemokratie der Auftrag erteilt wurde, eine Verfassung für die geplante EPG auszuarbeiten. Wieviel "Außenpolitik" will nun dies Gremium dem Sechser-Europa zugestehen?

Nach den Vorschlägen, die in der ersten Märzwoche der ad hoc-Versammlung in Straßburg vorgelegt werden sollen, wird das Tempo der Adenauerschen Flucht nach vorn beträchtlich verlangsamt werden. Das Vollzugsorgan der EPG, der Exekutivausschuß, soll erst ein volles Jahr nach der Bildung der Gemeinschaft tätig werden. In den folgenden fünf Jahren sollen dann seine Entscheidungen der einstimmigen Billigung des Ministerrats und der Zustimmung der einfachen Mehrheit beider Kammern bedürfen. Das heißt, daß jeder Partner, also auch Frankreich, ein unbedingt gültiges Veto einlegen kann, wenn etwa der Versuch gemacht werden sollte, die EPG ähnlich wie gegenwärtig die UN, zur Beseitigung von Spannungssituationen in Nordafrika einzuschalten. Erst vom sechsten Jahr an soll eine einfache Mehrheit im Ministerrat und eine Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern genügen. Damit wären einer echten "Europäischen Außenpolitik" erst einmal kräftig die Flügel gestutzt. Initiativen zugunsten einer Entspannung gegenüber Osteuropa oder Nordafrika sind vonseiten der EPG, wenn diese Vorschläge durchkämen, kaum zu erwarten.

Wie es scheint, hat es eifriger Verhandlungen hinter den Kulissen bedurft, um dieses Ergebnis zu erreichen. In Frankreich waren es bekanntlich gerade die Gaullisten, die den Gedanken einer europäischen Exekutive in den Vordergrund schoben und erklärten, es sei sinnlos, eine Europaarmee zu schaffen, ehe man einen europäischen Bundesstaat als Überbau errichtet habe. De Gaulle aber und seine Anhänger und ebenso die abgespaltene Gruppe ehemaliger Gaullisten unter General Billotte (der Mitte Februar in Bonn weilte, als die "Zusätze" zum EVG-Vertrag von Paris der Bundesregierung überreicht wurden) - denken nicht daran, auswärtigen Regierungen irgendeine "Einnischung" in Frankreichs nordafrikanische Angelegenheiten zu gestatten. Man mußte sich mit ihnen, und besonders mit der Billotte-Gruppe, von der die letzten schwachen Möglichkeiten einer Vertragsratifizierung in Frankreich abhängen, irgendwie abstimmen.

Das scheint gelungen, nicht nur durch die geschilderte Verlangsamung des Tempos, sondern auch dadurch, daß die prinzipielle Frage, ob die künftige "Europäische Außenpolitik" sich mit dem "Eurafrika"-Komplex unter sicherheitspolitischem Gesichtspunkt befassen darf, ungeklärt gelassen wurde. Es fragt sich freilich, ob dies etwas primitive Verfahren genügt. Denn gerade in seinen "Zusätzen" zum EVG-Vertrag hat Frankreich die Abänderung des Artikels 13 verlangt. Es will die alleinige Verfügungsgewalt über eine eventuelle Entsendung seiner EVG-Kontingente nach Übersee behalten. Das muß natürlich die Frage, welche Politik in "Übersee" getrieben werden soll und ob sie mit stillschweigender Duldung oder unter echter Mitwirkung der übrigen Vertragspartner gestaltet werden darf, mit einem Schlage aktuell machen.

+ + +

Erdoel - Glück und Unglück Österreichs

B.G. - London

Seit einiger Zeit befaßt man sich in der britischen Öffentlichkeit wieder eingehend mit Österreich, hat man es sich doch schon seit Jahren in den Kopf gesetzt, den endgültigen Abschluß eines Friedensvertrages über Adolf Hitlers unglückseliges Heimatland als einen Prüfstein der Möglichkeiten zu betrachten, jemals in der größeren, schwereren, unheilvoller noch von Machtpolitik umwobenen Frage Deutschland zu einer friedlichen, vernünftigen Einigung zwischen Ost und West zu gelangen. Darum wiederholt sich auch immer wieder dasselbe Spiel: Im Unterhaus wird der jeweilige Staatssekretär des Auswärtigen dazu gedrängt, in der Frage des österreichischen Friedens "etwas zu unternehmen", Downing Street greift die Anregung mit heiligem Eifer auf, regt eine neue Zusammenkunft der Stellvertreter der vier Außenminister von U.K., U.S.A., U.S.S.R. und Frankreich an (die sich in die Besetzung Österreichs teilen), diese setzen sich zusammen an einen Tisch, es wird geredet, es wird verhandelt, man kommt sich wieder mal einen Zentimeter näher, und dann bleibt's stecken und das Ergebnis ist wie beim berühmten Horneberger Schießen ...

Das Überraschende in der Geschichte dieser siebenjährigen Verhandlungen ist, wie weitgehend man sich bereits hat einigen können. Nachdem die Westmächte mit großer Geste auf jegliche Reparationsleistung verzichtet hatten, ließ sich sogar die Sowjetunion dazu bewegen, außer dem bereits in sowjetrussischen Besitz überführten ehemals reichsdeutschen Eigentum keine weiteren Ansprüche gegen den österreichischen Staat geltend machen zu wollen. Nach endlosem Hin und Her kam man dann sogar einer Einigung ziemlich nahe hinsichtlich der Liste der Betriebe, die im Sowjetigentum bleiben sollten, und gegenwärtig dreht es sich eigentlich nur noch um die österreichischen Ölfelder, die allerdings wirtschaftlich und strategisch für den Russen von unendlicher Wichtigkeit sein müssen. Die Ölquellen im östlichen Österreich produzieren heute schon über drei Millionen tons im Jahr und sind immer noch in aussichtsreicher Expansion begriffen, wogegen

die rumänischen Brunnen - bisher die wichtigsten Öllieferanten des Ostblocks außerhalb Rußlands - wegen Kaubbau in den letzten zwölf Jahren am Versiegen sind.

Das Weiterbestehen der Besetzung Österreichs liefert aber den Sowjets auch den Vorwand, "auf der Etappenstrecke" in Ungarn und Rumänien starke Truppenverbände der Roten Armee zu unterhalten, und das ist bei der gegenwärtigen Lage sogar noch wichtiger für die Machthaber des Kreml, als die militärische Beherrschung der österreichischen Position selbst. Denn der Abfall Titos muß ihnen eine ständige Warnung sein, daß nur die drohende Anwesenheit russischer Bajonette und Panzer ihnen die voll verlässliche Garantie geben kann gegen die Möglichkeit ähnlicher Aktionen der Nationalkommunisten in den Satellitenstaaten des Balkans.

So ist es nicht weiter verwunderlich, daß gegenüber dem britischen Eifer, der amerikanischerseits durchaus nicht gehindert wird, die sowjetrussischen Unterhändler immer und immer wieder neue Vorwände finden, um den endgültigen Abschluß eines Friedensvertrages mit darauffolgender Räumung Österreichs durch alle vier Besatzungsmächte auf die lange Bank zu schieben: Zuerst waren es die territorialen Forderungen in Kärnten der (damals noch linientreuen) Jugoslawen; als nach Titos Unbotmäßigkeit gegenüber der Cominform überraschend schnell eine Einigung über diesen Punkt erzielt wurde (und zwar im Sinne der österreichischen Vorschläge eines Minderheitenschutzes ohne Gebietsabtretung), zogen die Sowjetvertreter plötzlich die leidige Frage von Triest mit in die Debatte, eine Frage, die doch keinem Menschen in ganz Europa als irgendwie mit Österreich verbunden einfallen würde. Nichts aber konnte es klarer machen, wenn es dessen überhaupt noch bedurfte, daß alle diese von der Sowjetunion vorgebrachten Bedingungen und Bedenken lediglich Vorwände sind, um so lange wie nur irgend möglich ihr Besatzungsrecht an der Donaulinie und damit ihren Würgegriff auf dem Balkan aufrechterhalten zu können.

Ob sich der - fast möchte man sagen "abergläubische" - Wunschtraum der Briten nach einem Friedensvertrag für Österreich jemals erfüllen wird, oder ob andererseits die Wiener auf immer in der unwahrscheinlichen Film-Traumwelt aus dem "Dritten Mann" werden weiterleben müssen, das weiß außer Gott nur Stalin. Dafür, daß es der Welt den Hitler "geschenkt" hat, ist Österreich wahrlich schon genug gestraft worden.

Schäffer unter dem Watschenbaum

R.D. Der Watschenbaum ist eine urbayerische Einrichtung, geschaffen, um Deppen (rheinisch auch Jecke oder Narren genannt) oder böse Unholde zur Reason zu bringen. Schäffer, dem Urbayern, ist dieses Ohrfeigengewächs keine geheimnisvolle Pflanze. In diesen Tagen hat sich die Hohe Kommission des Gewächses bedient, um den Bundesfinanzminister zur Ordnung zu rufen. Sie erteilte ihm - und nicht nur ihm - mit der Bemerkung, in seiner Etatrede "unrichtige Angaben" gemacht zu haben, einige kräftige Watschen.

Schon in der ersten Lesung des EVG-Vertrages hatten die Sozialdemokraten die Angaben Schäffers, künftighin brauche die Bundesrepublik außerhalb des EVG-Beitrages keine weiteren Kosten für die in Deutschland stationierten alliierten Truppen zu übernehmen, in Zweifel gezogen. Die Sozialdemokraten verwiesen ferner auf das Fehlen jeglicher schriftlichen Bestätigung für Schäffers Behauptung, daß die Bundesregierung bis zum Inkrafttreten des EVG monatlich nur noch 600 Mio M Besatzungskosten zu zahlen brauche. Und schließlich zweifelten sie die Behauptung der Bundesregierung an: Die Bundesrepublik könne als "gleichberechtigtes Mitglied" der Europäischen Gemeinschaft selbständige politische Entscheidungen treffen.

Die zweite kräftige Ohrfeige der Hohen Kommission war nun die Ankündigung von Einwänden der Alliierten gegen die geplante Steuerreform. Sie demonstriert der Bundesregierung, daß sie nicht nur keine Berechtigung zu einer eigenen Außenpolitik hat, denn die ist ihr bekanntlich nur insoweit gestattet, als sie mit den Vorstellungen der Besatzungsmächte - später der "Botschafter" - parallel läuft; sie kann nicht einmal innerhalb der Bundesrepublik tun, was sie für erforderlich hält, ohne den massiven Einspruch der Alliierten zu gewärtigen, wenn diese ihre Position oder militärische Sicherheit für gefährdet halten.

Die dritte Ohrfeige ist die Erklärung der Hohen Kommissare: Die Begrenzung der Besatzungskosten auf einen Betrag von 600 Mio M monatlich habe sich nur auf die Monate April bis November 1952 bezogen. Nach diesem Zeitpunkt sei es ihnen freigestellt, diese Grenze zu überschreiten. Die damalige mündliche Absprache Schäffers mit den Alliierten bezog sich also nur auf den Zeitpunkt, bis zu welchem er - mit

der Bundesregierung - hoffte, den EVG-Vertrag im Bundestag unter Dach gebracht zu haben. Diese 600 Millionen waren also nur eine politisch-optische Grenze, ein Täuschungsmanöver für Bundestag und Bevölkerung, ohne daß sie etwas über die Jahreshöhe der Besatzungskosten auszusagen hatte.

Die kräftigste Ohrfeige ist aber wohl die Feststellung: Die Leistung eines EVG-Beitrages befreie die Bundesrepublik nicht von der Zahlung von Besatzungskosten. Gut, daß diese Klarstellung noch vor der 3. Lesung des Vertragswerkes erfolgt. In ihrer Tragweite kann sie selbst von der primitiven Drohung Schäffers: Die Bundesrepublik habe nach Ablehnung des EVG-Vertrages höhere Besatzungskosten zu tragen, nicht im entferntesten erreicht werden. Frage übrigens: Wer hat Schäffer mit einer solchen Erklärung beauftragt?

Manche Politiker mögen sich wundern, - allerdings sind sie dann nicht sehr einsichtig - wie die Alliierten, die einen Partner zu gewinnen hoffen, noch oder schon vor der Vertragsratifizierung mit ihrem Partner umspringen. Die jüngsten Tage lieferten mit dem Saarproblem, dem "gemeinsamen Markt" der Montan-Union und mit der oben erwähnten Ohrfeigenparade einige zukunftsweisende Beispiele. Es gibt nur eine Erklärung dafür: Die Rückgratlosigkeit, mit der die deutschen Verhandlungspartner ihre bedingungslose Vorleistungspolitik betrieben haben. Die neue Watschenserie wird sie sicher zur Raison - wird es sie aber auch zur kühlen und nüchternen Beurteilung ihrer bisher einfach unmöglichen Haltung bringen?

+ + +

Wo bleiben die Konsequenzen?

E.Z. - Berlin

Fast drei Wochen sitzt nun schon der 24jährige Westberliner Fußballspieler Georg Wagner in Potsdam in Vophaft, ohne daß bisher von westdeutscher Seite ein entscheidender Schritt unternommen worden wäre, der zur Freilassung des unschuldig Eingekerkerten führen könnte. Als Wagner mit der bekannten Westberliner Fußballmannschaft "Viktoria 89" Ende Januar durch die Zone zur Austragung eines Spiels nach Kiel fahren wollte, wurde er, da sein Westberliner Personalausweis neuen Datums war, am sowjetischen Kontrollpunkt festgehalten und schließlich verhaftet, weil er bei seinem Wegzug aus einem sowjetzonalen Vorort von Berlin nach den Westsektoren es versäumt hätte, seinen östlichen Personal-

Ausweis abzugeben. Wie unterdessen klargestellt wurde, hat Wagner sich durch seine Schwester polizeilich abmelden lassen, von der kommunistischen Polizeibehörde aber wurde die Entgegennahme des östlichen Personalausweises abgelehnt, weil Wagner nicht selbst erschienen war.

Diese Tatsachen zeigen, daß man auf sowjetzonaler Seite nicht gewillt ist, die unerläßlichen Voraussetzungen für die Durchführung des am 12. Dezember 1952 abgeschlossenen "gesamtdeutschen Sportabkommens" zu schaffen, zu denen in erster Linie die absolute Sicherheit der Westberliner und westdeutschen Mannschaften auf der Fahrt durch oder in die Zone gehört.

Die westdeutschen Sportbehörden, in erster Linie der Deutsche Fußball-Bund, sind bisher eine eindeutige und auch für den ostzonalen Partner verständliche Antwort auf diese Verletzung des primitivsten sportlichen Reglements durch die Sowjetzone schuldig geblieben. Drei Wochen sind seit der Verhaftung vergangen, aber über Nachfragen und laue Proteste ist man auf westdeutscher Seite bisher nicht hinausgekommen. Zwölf Tage mußten vergehen, bis sich der Präsident des Deutschen Sportbundes, Willi Daume, am 10. Februar dazu aufraffte, den Sportausschuß der Sowjetzone telegrafisch zu bitten, sich für die Freilassung Wagners einzusetzen, nachdem auf einen Protest des Westberliner Verbandes der Ballspielvereine hin die Sektion Fußball im kommunistischen Sportausschuß in lakonischer Kürze erklärt hatte, sie könne sich leider in die Belange der politischen Behörden nicht einmischen.

Während am 14. Februar der sowjetzonale Sportausschuß in Beantwortung von Daumes Bitt-Telegramm erklärte, er habe sich beim Innenministerium in Pankow um eine Mitteilung über Wagners Schicksal bemüht und sei bereit nach Erhalt der Informationen mit Daume in Berlin Besprechungen zu führen, haben die Westberliner Sportler in Ermangelung der westdeutschen Konsequenz die einzig richtige Antwort gegeben: Sie haben jeden Ost-West-Spielverkehr bis zur Freilassung Wagners eingestellt und damit gezeigt, daß deutsche Sportler auch politisch denken müssen.

Von Westberlin ist mit dem Abbruch der sportlichen Beziehungen zur Sowjetzone eine Aktion unternommen worden, die der kommunistische Sportausschuß verstehen dürfte. Haben Herr Daume und die anderen westlichen Sportfunktionäre den Mut, den Berliner Kameraden in den Rücken zu fallen?